

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Elterngeld: Akademikerinnen holen bei der Geburtenrate auf

Seit den 1980er Jahren steigt das Risiko für eine Scheidung in Deutschland. Auf den Seiten eins und zwei der vorliegenden Ausgabe von *Demografische Forschung Aus Erster Hand* geht es um die Frage, welche Rolle soziale und kulturelle Unterschiede für das Scheidungsrisiko spielen. Nadja Milewski von der Universität Rostock und Hill Kulu von der Universität Liverpool zeigen, dass Ehen eher geschieden werden, wenn die beiden Partner nicht aus denselben, sondern aus unterschiedlichen Ländern stammen. Weitere wichtige Faktoren sind jedoch beispielsweise unterschiedliche Religionszugehörigkeiten der Partner, die Erwerbsbeteiligung der Frau oder der Altersunterschied zwischen den Eheleuten, wie die beiden Wissenschaftler herausgefunden haben.

Seit seiner Einführung im Jahr 2007 ist das Elterngeld integraler Bestandteil der Familienpolitik der deutschen Bundesregierung. Wie sich Einkommen und Geburtenraten seither verändert haben, beschreiben Jasmin Passet-Wittig und Martin Bujard vom Wiesbadener Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung auf der Seite drei. Demnach hat sich das Elterngeld positiv auf die finanzielle Situation junger Familien ausgewirkt. Vom monetären Zugewinn konnten dabei aber hauptsächlich Frauen mit Hochschulbildung profitieren. Ähnlich verhält es sich bei der Fertilität. Den Forschern zufolge stieg die Geburtenrate von Akademikerinnen von 1,26 Kindern vor der Einführung des Elterngeldes auf 1,41 Kinder im Jahr 2011. Das entspricht ungefähr dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Was passiert, wenn die Partner in einer Beziehung unterschiedliche Ansichten zum Kinderwunsch haben? Diesem Thema widmet sich Maria Rita Testa vom Vienna Institute of Demography auf Seite vier. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Paar ein Kind bekommt, wenn einer der Partner keines möchte, ist natürlich weitaus geringer als bei Einigkeit. Dass Frauen in diesem Fall einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen ein Kind haben, wird oft vermutet. Das konnte die Wissenschaftlerin anhand ihrer Daten für Italien allerdings nicht feststellen. Vielmehr ist der Studie zufolge beim ersten Kind eher der Wunsch des Mannes, beim zweiten Kind eher die Präferenz der Frau entscheidend. Beim dritten Kind würde sich hingegen keiner der beiden Partner klar durchsetzen können.

Roland Rau

Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

Wann ist eine Ehe stabil?

Je größer die kulturellen und sozialen Unterschiede zwischen den Partnern, desto höher ist das Scheidungsrisiko

Hochzeiten zwischen Deutschen und Migranten sind in den vergangenen Jahren immer zahlreicher geworden und werden oft als Beleg für gelungene Integration angeführt. Einige Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, dass diese binationalen Ehen instabiler sind als Ehen zwischen zwei Partnern gleicher Herkunft. Eine neue Studie beleuchtet nun erstmals die Situation in Deutschland genauer.

5648 Ja-Worte haben Nadja Milewski vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels und ihr Kollege Hill Kulu von der University of Liverpool dafür auf ihre Gültigkeit geprüft. Und das Ergebnis war relativ deutlich: Heirateten zwei Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, so war das Scheidungsrisiko um 64 Prozent höher als bei Ehen zwischen zwei Partnern gleicher Herkunft (s. Tab. 1, Modell I). Sind die binationalen Ehen also gar kein Beleg für eine gelungene Integration? Woran liegt es, dass sich Ehepartner unterschiedlicher Herkunft häufiger trennen? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, prüften Nadja Milewski und Hill Kulu viele Eigenschaften der Ehepartner. So konnten sie einerseits kulturelle Unterschiede, etwa in der Religionszugehörigkeit oder beim Rollenverständnis, analysieren. Andererseits

konnten sie auch prüfen, ob die Partner in binationalen Ehen generell unterschiedlicher sind, ob sie beispielsweise höhere Alters- oder höhere Bildungsunterschiede haben. Stützen konnten sie sich bei dieser Analyse auf detaillierte Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), die sie für den Zeitraum von 1980 bis 2009 anwendeten.

In dem ersten Modell berücksichtigten die beiden Demografen dabei nur die seit den 80er Jahren allgemein steigenden Scheidungsraten in Deutschland. Eventuelle Verzerrungen durch eine ungleiche zeitliche Verteilung der Ehen haben die Wissenschaftler damit bereinigt.

In dem zweiten Modell werden weitere Faktoren in die Analyse mit einbezogen. Es berücksichtigt, inwieweit sich bestimmte

Relatives Risiko für eine Scheidung

Merkmale der Ehe	Modelle			
	I	II	III	IV
binationale Ehe				
Nein	1	1	1	1
Ja	1,64***	1,63***	1,66***	1,36**
Zeitraum				
1980er	1	1	1	1
1990er	2,27***	1,76**	2,03***	1,84**
2000er	3,90***	2,15***	3,48***	3,12***

*** p<0,001; ** p<0,01; * p<0,05; ° p<0,1

Tab. 1: Binationale Ehen zerbrechen häufiger. Das Scheidungsrisiko liegt hier – je nach Modell – um 36 bis 64 Prozent höher als bei Ehen zwischen Partnern gleicher Herkunft. Die Zahlen zeigen an, wie stark das Risiko einer Scheidung gegenüber dem Referenzpunkt (=1) erhöht ist. So hat sich etwa laut Modell I das Risiko für Scheidungen in Deutschland seit den 80ern beinahe vervierfacht. Bei der Berechnung aller Modelle wurden daher der Zeitraum und die Ehedauer berücksichtigt. Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Umstände in den Ehen auf das Scheidungsrisiko auswirken (vgl. Tab. 2): So sinkt das Risiko etwa um die Hälfte, wenn Kinder mit im Haushalt leben. Für die Stabilität einer Ehe ist aber auch von Bedeutung, ob Partner schon vor der Hochzeit zusammengelebt haben. Gerade wenn Ehepartner aus dem Ausland nach Deutschland geholt werden, ist das oft nicht der Fall. Probleme im Zusammenleben, die ansonsten vielleicht schon vor der Hochzeit offenbar geworden wären, zeigen sich dann erst in der Ehe. Bei Ehen zwischen zwei Migranten spielt es darüber hinaus eine Rolle, ob die Hochzeit vor der Einwanderung nach Deutschland stattfand oder nicht. Ist dies der Fall, ist das Risiko einer Trennung nur halb so hoch.

Im dritten Modell prüften die Demografen darüber hinaus, welche Eigenschaften der Ehefrauen das Scheidungsrisiko beeinflussen: Es steigt demnach, wenn die Ehefrau bei der Hochzeit eher jung war, wenn sie einen niedrigen oder gar keinen Bildungsabschluss hat, wenn sie viele Wochenstunden arbeitet, wenn sie keiner Religion angehört und wenn sie in einer großen Stadt aufgewachsen ist. Doch selbst wenn der Einfluss all dieser Faktoren berücksichtigt und herausgerechnet wird, bleibt der Unterschied zwischen den binationalen und nicht binationalen Ehen bestehen (vgl. Tab.2 Modelle II & III).

Lediglich wenn auch Daten über den Ehemann in die Analyse mit einbezogen werden, ist der Unterschied mit einem um 36 Prozent erhöhten Scheidungsrisiko bei binationalen Ehen nicht mehr ganz so hoch. Hier berücksichtigten die Demografen im vierten Modell

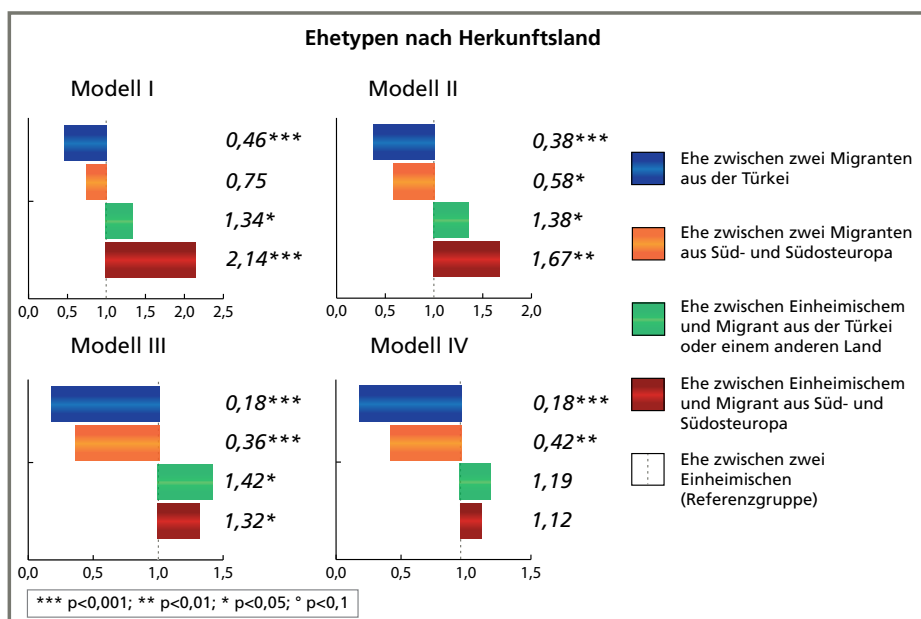


Abb. 1: Das Herkunftsland von Migranten hat Einfluss auf das Scheidungsrisiko sowohl von binationalen als auch von nicht binationalen Ehen. Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Unterschiede zwischen den Ehepartnern und Eigenschaften des Ehemannes: War er vorher schon verheiratet oder ist er mehr als zwei Jahre jünger als die Ehefrau, ist es mindestens doppelt so wahrscheinlich, dass die Ehe zerbricht. Auch ein geringerer Bildungsstand des Ehemannes und eine andere Religionszugehörigkeit lassen die Wahrscheinlichkeit einer Trennung steigen. Gerade die Religion scheint hier von besonderer Bedeutung

zu sein: Das Scheidungsrisiko bei unterschiedlicher Religionszugehörigkeit ist um 60 Prozent höher als bei Partnern mit gleichem Glaubensbekenntnis.

Um die Ehetypen noch genauer unterscheiden zu können, wurden in einem nächsten Schritt auch die Herkunftsländer der Ehepartner so weit als möglich bestimmt (vgl. Abb. 1). Hier zeigt sich, dass Ehen zwischen zwei Migranten aus der Türkei ein besonders niedriges Scheidungsrisiko haben. Auch wenn sich Partner aus dem gleichen Land Süd- und Südosteuropas das Ja-Wort geben, hat das eher Bestand als eine Ehe zwischen Deutschen. Am höchsten ist dagegen das Scheidungsrisiko, wenn ein deutscher Partner auf einen Partner aus Süd- oder Südosteuropa trifft (Modell I & II). Werden jedoch alle verfügbaren Informationen über die Ehe und die Ehepartner in der Analyse berücksichtigt,

sind die Ehen zwischen einem deutschen Partner und einem Migranten aus Süd- oder Südosteuropa etwas stabiler als andere binationalen Ehen (Modell III & IV). Eine einzelne Betrachtung von binationalen Ehen zwischen einem Migranten aus der Türkei und einem Einheimischen war aufgrund der geringen Fallzahlen leider nicht möglich.

Alle Details zu weiteren Faktoren, die sich auf das Scheidungsrisiko auswirken, ändern aber nichts an der grundlegenden Aussage: Binationale Ehen sind instabiler als nicht binationale. Damit stehen die beiden Demografen in einer Reihe mit anderen Studien, die diesen Zusammenhang aufgezeigt haben. Gleichzeitig widersprechen sie aber auch Hypothesen, die in der Vergangenheit nahe legten, dass das Scheidungsrisiko binationaler Ehen sich an das Level im Einwanderungsland anpassen würde (Adaptions-Hypothese) oder dass das Scheidungsrisiko sich in der Mitte zwischen den Niveaus des Herkunfts- und des Einwanderungslandes einpendeln würde (Konvergenz-Hypothese).

Das heißt jedoch nicht, so betonen die Autoren der Studie, dass binationale Ehen auch in Zukunft immer instabiler bleiben müssen. Oft sind es heute schon Migranten der 2. Generation, die heiraten. Diese sind in der Regel besser integriert als die eingewanderte Elterngeneration, die kulturellen Unterschiede zwischen den Ehepartnern sind dadurch geringer und zumeist gab es bei diesen Ehen vor der Hochzeit eine Möglichkeit, das Zusammenleben zu proben. Eventuell verfügen solche Ehepaare auch über ein besseres soziales Netzwerk und werden weniger oft diskriminiert.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Nadja Milewski

Literatur

Milewski, N. and H. Kulu: Mixed marriages in Germany: a high risk of divorce for immigrant-native couples. European Journal of Population 30(2014)1, 89-113.

Relatives Risiko für eine Scheidung

Merkmale der Ehe	Modelle		
	II	III	IV
Hochzeit vor Migration oder im gleichen Jahr			
Nein	1	1	1
Ja	0,47***	0,52***	0,48**
Kinder			
Kein Kind	1	1	1
Kinder unter 16 Jahren im Haushalt	0,44***	0,44***	0,44***
Kinder leben nicht mehr im Haushalt	1,62***	1,28*	1,20*
Alter der Frau bei Hochzeit			
<20		1	1
21-25		0,80*	0,74**
26-30		0,61***	0,45***
31-40		0,41***	0,24***
Bildung der Frau			
kein Abschluss/ Hauptschulabschluss		1,23*	1,33**
Realschulabschluss		1	1
Abitur		0,90	0,94
unbekannt		0,93	0,49
Erwerbsbeteiligung der Frau			
Vollzeit		1	1
Teilzeit		0,71**	0,70**
marginal		0,65**	0,62**
arbeitslos oder unbekannt		0,69***	0,67***
Altersunterschied zwischen den Partnern			
Mann ist ein Jahr jünger oder bis zu vier Jahre älter			1
Mann ist mindestens zwei Jahre jünger			2,63***
Mann ist mindestens fünf Jahre älter			0,94
Religionszugehörigkeit der Partner			
gleiche Zugehörigkeit			1
unterschiedliche Zugehörigkeiten			1,60***

*** p<0,001; ** p<0,01; * p<0,05; ° p<0,1

Tab. 2: Das Risiko einer Scheidung hängt von verschiedenen Faktoren ab. Ein Wert über 1 zeigt ein höheres Risiko gegenüber dem Referenzwert (=1) an, ein Wert unter 1 ein entsprechend niedrigeres Risiko. Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Mehr Kinder von Akademikerinnen

Das Elterngeld wirkt sich vor allem auf das Einkommen und die Fertilität hoch qualifizierter Frauen aus

Mehr Geld für Familien und höhere Geburtenraten – das waren zwei Ziele des 2007 eingeführten Elterngeldes. Heute lässt sich bereits eine erste Bilanz ziehen: Tatsächlich sind Familien mit Babys finanziell besser gestellt als vor der Elterngeldreform. Besonders profitieren dabei ältere, gut gebildete Mütter. Dies ist auch die einzige Gruppe, bei der die Geburtenraten steigen, wie Martin Bujard und Jasmin Passet-Wittig in der Zeitschrift für Familienforschung berichten.

Die Sozialwissenschaftler vom Wiesbadener Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung haben für ihre Studie zum einen untersucht, wie sich das Einkommen von Familien vor und nach der Elterngeldreform entwickelt hat. Zum anderen haben sie Effekte auf die Geburtenentwicklung analysiert. Die Daten über Bildung, Geburten und Einkommen der Mütter konnten Martin Bujard und seine Kollegin Jasmin Passet-Wittig den Mikrozensus der Jahre 2003 bis 2010 sowie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) entnehmen. Anhand der Mikrozensus-Daten konnten sie zeigen, wie sich die Geburtenrate bei verschiedenen Frauenjahrgängen und Bildungsgruppen entwickelt hat. Mit den Panel-Daten ließ sich darüber hinaus berechnen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass sich Mütter verschiedenen Alters und Bildungsgrades nach einem ersten Kind noch für ein zweites entscheiden.

Das erste Ziel des Elterngeldgesetzes wurde demnach erreicht: Das Einkommen von Familien mit einem Baby ist von 2006 bis 2008 durchschnittlich um über 100 Euro pro Kopf gestiegen. Hinter dem Durchschnittwert aber verbergen sich erhebliche Unterschiede, die durch die einkommensabhängige Höhe des Elterngeldes bedingt sind: Während sich das Einkommen von Müttern mit Haupt-, Real-, oder Gymnasialabschluss nur geringfügig ändert, steigt es bei Müttern mit Hochschulreife und Lehre im Schnitt um 86 Euro monatlich, bei Müttern mit Hochschulabschluss um 236 Euro und bei Müttern mit Promotion gar um 965 Euro (s. Abb. 1). Dem sprunghaften Anstieg des Einkommens im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes steht ein nur allmählicher Einkommenszuwachs der Kleinkindhaushalte gegenüber, in denen das jüngste Kind ein bis drei Jahre alt ist. Auch hier hat es zwar in den vergangenen Jahren eine positive

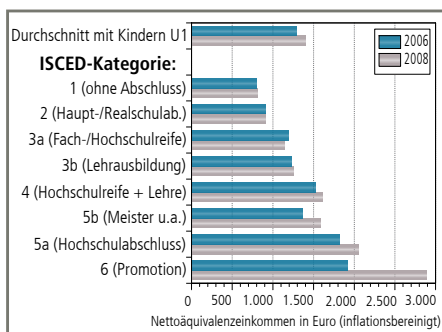


Abb. 1: Das Elterngeld hat vor allem bei hoch qualifizierten Frauen zu einem starken Anstieg des Einkommens im ersten Jahr nach der Geburt geführt. Die Einteilung der Bildungsabschlüsse wurde nach der International Standard Classification of Education (ISCED) vorgenommen
Quelle: Mikrozensus 2006-2008, eigene Berechnungen.

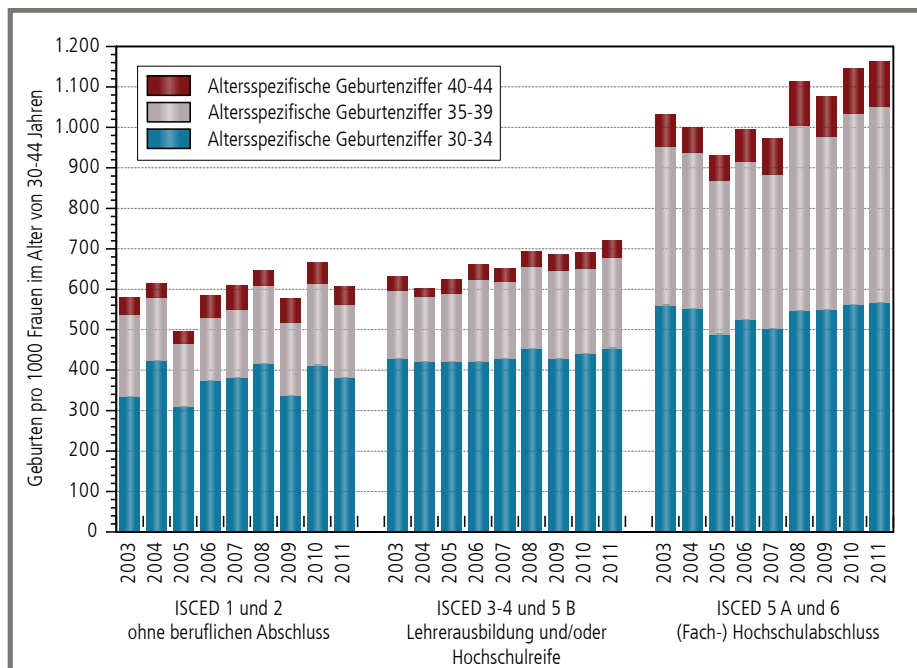


Abb. 2: Allein bei den älteren Akademikerinnen (ISCED5A und 6; 35-39 Jahre & 40-44 Jahre) lässt sich ein eindeutiger Anstieg der Geburtenzahlen nach 2007 feststellen. Quelle: Mikrozensus 2003-2011, eigene Berechnungen.

Einkommensentwicklung gegeben, weil viele Mütter wieder früher und länger zur Arbeit gehen. Doch im Gegensatz zu Ostdeutschland sind die Einkommen von Haushalten mit ein- bis zweijährigem Kind im Westen seit 2008 im Schnitt niedriger als im ersten Jahr nach der Geburt, in dem Elterngeld gezahlt wurde.

Ein weiterer Effekt der einkommensabhängigen Gestaltung des Elterngeldes ist neben dem Vorteil für hoch qualifizierte Mütter auch ein Vorteil für ältere Mütter. Stehen sie doch schon häufiger fest im Berufsleben und haben ein dementsprechendes Einkommen. Auch die Elterngeldstatistik für Kinder, die im 3. Quartal 2011 geboren wurden, weist im Schnitt 444 Euro für 20- bis 24-Jährige aus, 632 Euro für 24-29-Jährige und 800 Euro für über 30-Jährige.

Weil das Elterngeld damit eine eher späte Mutterschaft belohnt, sei es wahrscheinlich, so die Autoren, dass durch die Reform der ohnehin existente Trend zur späten Geburt noch verstärkt wird (s. Abb. 2). Und diese Einschätzung lässt sich durch Ereignisanalysen mit SOEP-Daten untermauern: Nach der Elterngeldreform hat sich die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Kind in der Altersgruppe der 36- bis 45-Jährigen deutlich erhöht. Die Wahrscheinlichkeit bei allen Müttern ändert sich dadurch aber kaum, da nur ein kleiner Teil der Frauen in diesem späten Alter Kinder bekommen – vor allem Akademikerinnen. Bujard und Passet-Wittig zeigen damit, dass es keinen

unmittelbaren Effekt des Elterngeldes auf die Gesamtfertilität gibt. Allerdings können die beiden Wissenschaftler dank der detaillierten Daten zu den Bildungsabschlüssen und dem Alter der Mütter eine andere wichtige Entwicklung aufzeigen: Bei Akademikerinnen stieg die geschätzte Geburtenrate von 1,26 Kindern für die Jahre 2000 bis 2006 über 1,37 Kinder für die Jahre 2008-2010 auf 1,41 Kinder im Jahr 2011. Die Kinderzahl von Akademikerinnen hat also um 0,15 Kinder zugenommen – eine für deutsche Verhältnisse geradezu rasante Entwicklung, die zeitlich mit der Einführung des Elterngeldes und dem Kita-Ausbau zusammenfällt. In allen anderen Bildungsgruppen ließ sich dagegen keine ähnliche Entwicklung ausmachen. Damit haben die Akademikerinnen die mittlere Bildungsschicht (Lehre und/oder Hochschulreife) bei den Kinderzahlen eingeholt – nachdem sie lange die geringsten Geburtenraten hatten.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Martin Bujard

Literatur

Bujard, M. und J. Passet: Wirkungen des Elterngelds auf Einkommen und Fertilität. Zeitschrift für Familienforschung 25(2013)2, 212-237.

Kind: ja oder nein – wer setzt sich durch?

Beim ersten Kind ist die Meinung der Männer ausschlaggebender, beim zweiten die der Frauen

Biologisch betrachtet liegt es in der Hand der Frau, darüber zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben möchte. Doch nutzen Frauen diesen Vorteil tatsächlich aus, oder sind es am Ende vielleicht doch eher die Männer, die mit ihrem „Ja“ oder „Nein“ die Richtung vorgeben? Maria Rita Testa vom Vienna Institute of Demography ist dieser Frage in Italien nachgegangen und hat überraschende Ergebnisse gefunden.

Dafür hat die Demografin Daten von über 2000 Paaren analysiert, die Ende 2003 Angaben zu ihrem Kinderwunsch gemacht hatten. Sowohl bei den kinderlosen Paaren als auch bei Eltern mit einem Kind oder zwei Kindern war sich rund ein Viertel der Befragten uneins. Dass der Mann einen stärkeren Kinderwunsch hatte als die Frau, war dabei ungefähr genauso häufig wie der umgekehrte Fall.

Als alle Paare gut drei Jahre später angaben, ob sie in der Zwischenzeit Kinder bekommen hatten, konnten auch die Partner mit kontroverserem Kinderwunsch überraschend häufig Nachwuchs vorweisen (vgl. Abb.1). Tatsächlich zeigte sich bei den erhobenen Daten, dass sowohl die Männer als auch die Frauen die Entscheidung über Kinder beeinflussen können: Während sich Männer bei der Entscheidung für das erste Kind eher durchsetzen können, bestimmen Frauen eher über den zweiten Nachwuchs: 38 Prozent der kinderlosen Paare bekam im Untersuchungszeitraum ein Kind, obwohl die Frau keinen so starken Kinderwunsch hatte wie der Mann. Im umgekehrten Fall wurden immerhin noch 34 Prozent der Paare Eltern. Gab es zum Zeitpunkt der ersten Befragung schon ein Kind, bekamen lediglich 21 Prozent der Paare Nachwuchs, wenn der Mann einen stärkeren Kinderwunsch hatte als die Frau. Im umgekehrten Fall waren es dagegen noch 30 Prozent.

Wurden in einer umfassenderen Analyse jedoch weitere Faktoren wie etwa das Alter der beiden Partner,

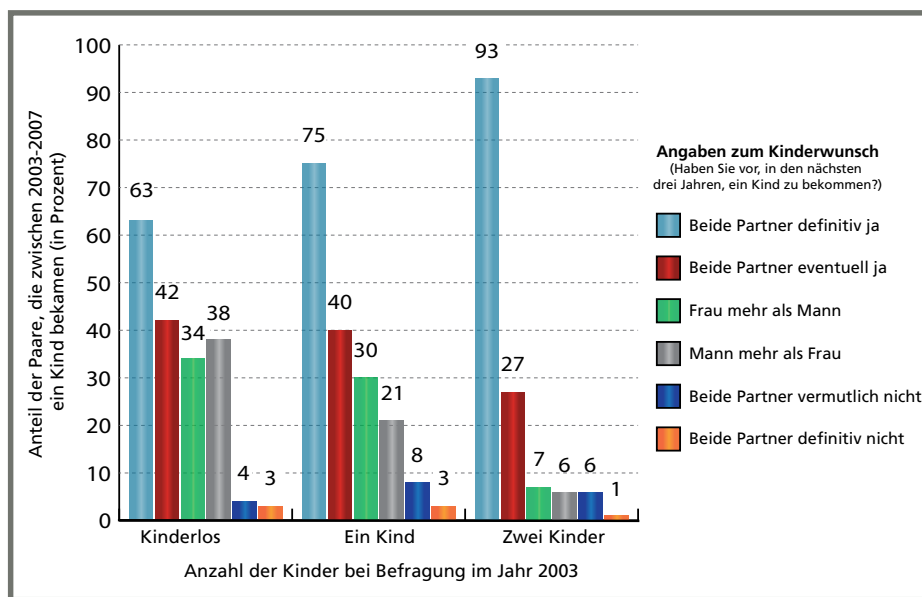


Abb. 1: Hat ein Paar schon zwei Kinder, so sinkt die Wahrscheinlichkeit sehr stark, dass es ein drittes bekommt, wenn einer der Partner keinen Kinderwunsch hat (Quelle: Multipurpose Survey on Family and Social subjects, Istat 2003 und 2007)

der Familienstand, die Bildung und die Religiosität berücksichtigt, verschwanden diese Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern. Ganz deutlich ist dagegen die Situation bei der klassischen Familie mit zwei Kindern: Hier spielt die Geschlechterverteilung gar keine Rolle mehr. Viel mehr gilt: Hat ein Partner keinen Kinderwunsch oder ist sich nicht sicher, so ist es mit sechs bis sieben Prozent eher unwahrscheinlich, dass ein drittes Kind zur Welt kommt.

Dass die Veto-Kraft eines Partners nach dem zweiten Kind so stark zunimmt, begründen die Autoren Maria Rita Testa, Laura Cavalli und Alessandro Rosina unter anderem damit, dass es eine Art 2-Kinder-Norm gebe: Um diese gesellschaftlich akzeptierte Norm zu übersteigen, müssten in der Regel beide Partner den Wunsch nach einem weiteren Kind haben. Ist dies der Fall, so ist es sehr wahrscheinlich, dass auch noch ein weiteres Kind geboren wird: 93 Prozent dieser Paare hat im Untersuchungszeitraum noch ein Kind bekommen. Paare mit übereinstimmendem Kinderwunsch, die noch kein Kind hatten, bekamen dagegen nur in 63 Prozent der Fälle Nachwuchs.

Darüber hinaus testeten die Autoren, ob Entscheidungen in Partnerschaften, in denen Mann und Frau gleichberechtigt sind, anders getroffen werden. Dafür untersuchten sie Faktoren wie die Bildung oder die Arbeitsbeteiligung und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung. So wäre es etwa denkbar, dass Männer, die alleinige Ernährer der Familie sind, einen stärkeren Einfluss auf die Kinderentscheidung haben. Das gleiche

könnte für Frauen gelten, die eine höhere Bildung haben als ihr Partner. Entgegen der Hypothese der Autoren ist das jedoch nicht der Fall. Für kinderlose Paare ist sogar das Gegenteil richtig: Ist die Frau sehr gebildet, so sinkt die Wahrscheinlichkeit für ein Kind, wenn der Mann einen weniger ausgeprägten Kinderwunsch hat als sie. Gut qualifizierte Frauen scheinen demnach die Einstellung ihrer Partner stärker zu berücksichtigen. Wenn das Paar noch kinderlos ist und nach dem klassischen Ernährermodell lebt, zeigt sich dagegen ein größerer Einfluss der Frauen auf die Familienplanung.

Generell aber konnte die vorliegende Studie nicht feststellen, dass Frauen bei der Familienplanung einen stärkeren Einfluss haben. Die Autoren führen dies unter anderem darauf zurück, dass die Unterstützung der Familien in Italien sowohl finanziell als auch strukturell eher schwach ist. Weil das Aufziehen von Kindern daher lang andauernde Auswirkungen auf beide Partner hat, wolle keiner der Partner eine alleinige Entscheidung treffen.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Maria Rita Testa

Literatur

Literatur: Testa, M.R., L. Cavalli and A. Rosina: The effect of couple disagreement about child-timing intentions: a parity-specific approach. Population and Development Review 40(2014)1, 31-53.

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Sebastian Beck

Druck: Druckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.